

Nöher nicht rütteln können, sind diese Widerstände gefallen und die erfolgversprechende Ausbuchtung von neuen Verhandlungen beider Parteien zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft wird jetzt, nachdem einige Einblätter den Schleier gelüftet hatten, auch von parteiunabhängiger Seite des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei bekräftigt.

„Wählt auch nicht Zentrum! Auch das ist heute ein Ausruf, der man im bayerischen Volk hört. Wir waren einst dabei, bis zum letzten Zentrum unter der ungeliebten Führung der Grabbecker und Dr. Wirth nur noch der Name übrig blieb, bis die Grundfrage der großen Wähler aus der Wundstichzeit dem Zentrum meist mit dem Sozialisten akzeptiert wurden.“

Und heute erklärt das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, in einer parteiunabhängigen Auslassung:

„Die Einmischung des letzten Jahres hat gezeigt, daß in allen praktischen Fragen der innerpolitischen wie der äußeren keine wesentlichen Unterschiede mehr bestehen. Wo solche vorhanden sind, tragen sie höchstens theoretischen Charakter.“

In diesen Erklärungen ist schon gesagt, daß so sehr das Interesse an einer parlamentarischen Annäherung auf beiden Seiten liegt, es doch nicht die Parteien sind, die zum Zentrum kommen, sondern umgekehrt: das Zentrum kommt zu den Parteien. Das scheint zwar dem auch in der Politik geltenden Gravitationsgesetz zu widersprechen, wonach die kleinere Masse von der größeren angezogen wird, aber es liegt durchaus in der politischen Logik begründet; denn die Bindung ist vom Zentrum ausgegangen. Erst nachdem es keine nach Ansicht der Bayerischen Volkspartei allzu enge Verbindung mit den Sozialisten aufgegeben hatte und nachdem die damit verbundenen politischen und weltanschaulichen Gefahren besichtigt waren, konnte eine Verständigungserfolge haben.

Es ist also damit zu rechnen, daß die Wiedervereinigung der beiden großen Gruppen des politischen Katholizismus in der Form einer Arbeitsgemeinschaft, der vielleicht bald eine Fraktionsgemeinschaft im Reichstag folgen wird, demnächst zur Tatseite wird. Die äußere Folge wird sein, daß der katholische Block mit 60 Sitzen des Zentrums und 19 der Bayerischen Volkspartei zusammen über 80 Stimmen verfügen wird, was beinahe der alten Stärke des Zentrums im Reichstag entspricht. Man kann trotz gewisser Bedenken, die einer Stärkung des Zentrums entgegenstehen, diese Entwicklung begrüßen, denn solche Nachteile werden reichlich aufgewogen dadurch, daß sich der Einfluß der konservativen Elemente in der großen katholischen Mittelpartei durch die enge Verbindung mit der Bayerischen Volkspartei vermehrt. Vorkünftig wie immer scheint es die Bayerische Volkspartei ihre Selbständigkeit nicht aufgeben zu wollen, und auch das Zentrum, das sich in den Ländern die Hand nach links freihalten will, dürfte eine Verharmlosung heute noch nicht als wünschenswert ansehen. Unter diesen Umständen bedeutet die Annäherung eine erfreuliche Befestigung unserer innenpolitischen Verhältnisse, die sich vorteilhaft auswirken kann, wenn dadurch Extreme, die beim Zentrum in der unidirektionalen Betonung ihres föderalistischen, manchmal paritätischen Charakters zutage treten, zurückgedrängt werden.

Auch die von manchen Seiten in den Vordergrund gestellten „kulturellen Gefahrenmomente“ in der neuen Entwicklung sollten nicht überschätzt werden. Einmal ist die Erfüllung des Zentrumswunsches, daß durch die Arbeitsgemeinschaft die „politische Einigung des deutschen Katholizismus“ angebahnt werden soll, schon dadurch unmöglich gemacht, daß große katholische Volksteile in einer Gruppe der Deutschen nationalen Partei politisch organisiert sind, die ihre klaren und schmerzlichen Aufgaben nur um so energischer durchzuführen wird. Dann aber liegt auch in dem aus völkerverständlichen Kreisen laut gewordenen Ruf, diese neue Entwicklung mit einem neuen Zusammenstoß des Liberalismus gegen die schwarze Gefahr beantwortet wissen will, eine gewisse Verkennung der durch die Tatsachen gegebenen Lage. Es gibt sicher heute wichtigere Aufgaben, als die Entfesselung einer Bewegung, die notwendig in dem Wiederentstehen von alten Gegensätzen auf dem konfessionellen Gebiete enden muß, und es scheint vor allem auch unmöglich, aus der politischen Demokratie, wie sie sich im Laufe dieser Jahre parteiunabhängig entwickelt hat, eine wirkliche und wirksame Hilfe für den Liberalismus im guten alten Sinn des Wortes herauszuholen zu können. Die Entwicklung ist auch hier an einem Punkt angelangt, an dem das Rad nicht mehr zurückgedreht werden kann. Darum ist es besser, politische Verhandlungen, die in der Natur der Dinge liegen, nicht mit untauglichen Mitteln zu fördern, sondern das Gute, das in ihnen liegt, zum Besten unseres inneren Wiederaufbaues auszunutzen.

Der Reichsinnenrat im Ausblick.

(Fortsetzung des Berichtes von der ersten Seite.)

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) fortfahrend: „Inwieweit der Auswanderungswahnsinn für die Arbeiter weiter aus, es sei zu unterstellen, daß es sich nicht um eine Erhöhung der Auswandererzahlen handeln dürfte, im Gegenteil müsse nach Kräften das Abströmen wertvoller Teile des deutschen Volkes verhindert werden. Wir würden diese Kräfte in absehbarer Zeit auch im Wirtschaftsprozess dringend brauchen, zumal leider der Verdienstschwund sich ständig vermindere. Bezüglich des Reichsrechnungsmalles dürfte man an der Stellungnahme der ehemaligen Frontkämpfer nicht vorbeigehen, wenn auch naturgemäß die künstlerische und verkehrstechnische Seite nicht vernachlässigt werden dürfte. Wenn eine Einigung aller Beteiligten nicht gelinge, dann sei es der beste Ausweg.“

Das letzte Wort über das Reichsrechnungsmalle dem Reichspräsidenten zu überlassen, der hierzu als Führer des deutschen Volkes im Weltkrieg ein moralisches Anrecht habe.

Abg. Berndt (D. N.) wies darauf hin, daß seine politischen Freunde schon seit der Durchführung der Ausgabenpolitik für Kulturzwecke bemängelt hätten. Die Schuld liege nicht an schlechtem guten Willen, sondern an wirtschaftlichen Verhältnissen. Sobald diese sich bessern, werde auch eine Steigerung der Ausgaben für Kultur- und wissenschaftliche Zwecke erfolgen können, einerlei wer der Innenminister sei, denn in der Förderung der kulturellen Zwecke seien erstrebenswert alle Fraktionen des Reichstages einig. Die sozialdemokratische Forderung nach Aufrichterhaltung des Republikanismus, welches nicht der Redner zurück, die Dauer des Welches sei von vornherein beschränkt.

Der deutsch-nationale Redner setzte sich dann mit einigen Neuerungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann auseinander. Dieser wollte für eine Entschärfung der Deutschkonservativen die Deutschnationalen verantwortlich machen. Der sozialdemokratische Redner übertrug dabei, betonte Abg. Berndt, daß die Deutschnationalen Volkspartei schon mehr als acht Jahre besteht. Ihre Zusammenfassung in diesen Jahren beweist, daß die D. N. V. durchaus nicht aus Angehörigen der früheren Konservativen, sondern aus früheren Angehörigen verschiedener anderer Parteien und aus den verschiedensten Schichten sich zusammenfügt, so daß sie eben eine wahre Volkspartei ist. Mögen die Deutschkonservativen ihre Entschärfung verantworten, die Deutschnationalen Volkspartei trägt nur die Verantwortung für das, was sie selbst beschließt.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) hielt am Gedanken des föderalistischen Ansatzes fest. Die bayerische Föderation eine faktische Verhandlung. Was die gesamtpolitische Lage Deutschlands angeht, so schreite die Konsolidierung der Republik fort. Zur Frage des Kontrats erklärte der Redner, daß dieses Problem jene Achtung und jenen tiefen Ernst verdiene, den die große weltgeschichtliche Auseinandersetzung von Staat und Kirche verlange.

Die deutsch-rumänischen Finanzverhandlungen.

Berlin, 2. März. Wie von zuverlässiger Stelle erklärt wird, stehen zurzeit zwei Finanzabverständnisse sowohl Deutschlands wie Rumäniens mit Wiffen der beiderseitigen Regierungen in ernsthaften Verhandlungen, die sowohl der Bereinigung der zwischen Deutschland und Rumänien seit fünf Jahren bestehenden Streitfragen dienen sollen, wie auch dem Wünsche Rumäniens nach dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Die Regierungen selbst haben zu diesen Verhandlungen noch keinerlei Stellung genommen. Von definitiven Abmachungen zu sprechen, wäre verfrüht.

Sowjetvertrag mit der Siemens-Bau-Union.

Moskau, 2. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Unterzeichnung eines Vertrages über technische Beihilfe von Bau der Dnieper-Kraftwerke zwischen der Siemens-Bau-Union und der Sowjetregierung stattgefunden. Seitens der Sowjetregierung ist das Abkommen vom Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates Rubinschew und leitens der Bau-Union vom Oberingenieur Neils unterzeichnet worden. Demnach stehen größere Bestellungen an deutsche Firmen für die Lieferung von Maschinen und Ausstattungsgegenständen für das Dnieper-Kraftwerk bevor. (Z. U.)

Eine 300-Millionen-Anleihe der Reichspost.

Berlin, 2. März. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hat im Etat für 1927 eine Anleihe von 300 Mill. Mark eingekauft. Wenn diese Anleihe zur Auslegung kommen soll, steht noch nicht fest, kaum aber vor Ablauf eines halben Jahres.

Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer in Berlin.

Berlin, 2. März. Der Magistrat der Stadt Berlin verabschiedete heute abend den Haushaltsvoranschlag für 1927. Danach sind die Grundsteuer von 200 Prozent auf 250 Prozent und die Gewerbesteuer von 400 Prozent auf 500 Prozent erhöht worden. Auch die Grundsteuer wurde auf 80 Mark jährlich heraufgesetzt. (Z. U.)

Kommunistischer Parteitag in Essen.

Essen, 2. März. Der 6. Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands wurde heute in Essen mit einer öffentlichen Kundgebung eingeleitet. Die Begrüßungsansprache hielt Abg. Ehrlein, als Vertreter des Zentralkomitees sprach Gesecke. Entsprechend der Bedeutung, die die Kommunisten den Vorgängen in China beimessen, erhielt als erster Vertreter der ausländischen Parteien der Delegierte der kommunistischen Partei Chinas das Wort. Außerdem wurde ein China-Film vorgeführt und an die chinesische Partei ein Telegramm abgeschickt. Gesecke stellte u. a. mit, daß auf der Tagung der KPD vierzehn ausländische kommunistische Parteien durch eigene Delegierte vertreten seien. Sehr beifällig wurde von der Versammlung ein Telegramm an das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei zugestimmt, in dem mit Hinblick auf die Chamberlain-Note von neuem die Solidarität der deutschen und der russischen Arbeiterklasse betont wird. Von den anwesenden 186 Delegierten rechneten sich nur zehn zur Opposition.

Der Geschäftsbericht enthält eine scharfe Kritik an den Arbeiten der Partei und ihren Unterorganen im letzten Jahre. Trotzdem ist nach dem Bericht eine Steigerung und ein Fortschritt des Einflusses der Partei unter den Arbeitern zu verzeichnen. Sodann ergriß der Vorsitzende der Partei, Abg. Thälmann, das Wort zur politischen Lage. Er wies darauf hin, daß die tiefgehende innerparteiliche Krise im großen und ganzen überwunden sei und einer zunehmenden Konsolidierung Platz gemacht habe. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die drohende Kriegsgefahr. Er erwähnte den planmäßigen Aufmarsch Englands gegen die Sowjetunion und machte den Kommunisten zur Pflicht, mit allen zur möglichen Mitteln die sozialistischen Massen von der Politik der sozialdemokratischen Führer, die objektiv die Interventionen befehligen Englands gegen die Sowjetunion unterstützen, zu lösen. Am Schluß seiner Ausführungen befaßte sich der Redner mit der neuen Lage in Deutschland, die im Vergleich zu 1926 nach dem Einfluß des neuen deutschen Imperialismus (1) im Rahmen der Weltpolitik selge.

Sidney, 2. März. Australische Eingeborene von Festland haben die Dillingham-Wision auf den Krokodilstein am 18. Februar angegriffen und einen Festlichen leicht verwundet. Die Missionare brachten ihren Anreisern eine Niederlage bei und nahmen mehrere von ihnen gefangen.

Allgemeiner Wirrwarr in China.

Einigungsverhandlungen im Gange.

London, 2. März. Der Londoner Presse wird aus Tokio berichtet, daß die Föhrung der Nord- und Südarmerie in China vielleicht zu einer Einigung kommen würde. So meldet „Daily Telegraph“ aus Tokio: Gut informierte japanische Persönlichkeiten sind der Ansicht, daß die militärische Lage und die auffallende Ruhe auf eine Verständigung zwischen Tschangschin und Sun hindeute. Man glaubt, daß diese sich zum mindesten würden, um zu demonstrieren, daß eine fremde Einmischung zum Schutz fremder Interessen unnötig sei.

Japanische militärische Beobachter erwarten eine baldige Besetzung Hankins und Schinkiangs durch die Kantonesen mit einem darauf folgenden Vertrag zwischen Süden und Norden.

Am übrigen aber erscheinen die jetzt aus Schanghai eintröpfenden Berichte auch der englischen Presse schwer verständlich. So wird berichtet, daß die Führer der Nord- und Südarmerie beschlossen hätten, die Kampffront aus dem Schanghai-Distrikt nach dem 150 Meilen westlich von Schanghai gelegenen Westufer des Taiho-Sees zu verlegen. Beide Armeen sollen jetzt im Bezirk stehen, die hierdurch notwendig gewordenen Streitbewegungen um Schanghai herum durchzuführen. Inzwischen stehen

die Nationalisten in Hankan in einer ersten Krise. General Tschangschin soll im Bezirk gestanden haben, den Sowjetagenten Borodin aus dem Parteilager zu entfernen. Daraufhin organisierte Borodin Gefolgschaft eine Straßendemonstration und agitiert jetzt für den Sturz des Generals Tschangschin.

Ueber den Konflikt innerhalb der Kantonesen wird über Moskau berichtet: Der gemäßigtere Flügel der Kuomintang bemächtigt sich schon seit langem, den großen Einfluß Moskaus, der

als Haupthindernis einer friedlichen Einigung mit Tschangschin betrachtet wird zurückdrängen. Die Teilung Chinas in Nord- und Süchina mit dem Yangtschi-Fluß als Grenze wurde von Golobdo (dem Vertreter Moskaus) als ein unannehmbares Kompromiß lebhaft bekämpft. Die radikale Gruppe unter Führung Borodins hat vorläufig die Oberhand, was zur Folge haben kann, daß Tschangschin in Hankang eine neue Regierung bilden wird, die Borodin und seinen Anhängern die Feindschaft erklären wird. In Dankau wurde ein einstündiger Solidaritätsstreik für die Radikalen erklärt. Das russische Konsulat in Schanghai hat es abgelehnt, englischen Reisenden das Visum für die transsibirischen Eisenbahnen zu geben.

Tschang Kommandeur der Verteidigungsarmee von Schanghai.

Schanghai, 2. März. Angesichts des Wfsalls des Generals Menalichabow von Sun soll, wie der Verteidigungskommissar von Schanghai, General Li Pao Tschang bekannt gibt, die ganze Armee Sunshunwanlang in Stärke von ungefähr 24 000 Mann von Sunkiang zurückgezogen und durch Schantungstruppen ersetzt werden, die bereits mit allen verfügbaren Eisenbahnzügen nach Sunkiang geschickt werden. General Tschangschin soll nunmehr Oberbefehlshaber über alle Streitkräfte, die den Weg nach Schanghai verteidigen.

Englische Arbeitervertreter nach Süchina?

London, 2. März. Die Zeitschrift „New Leader“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Justizminister der nationalistischen chinesischen Regierung Dr. Shi, in der der Vorschlag gemacht werde, daß Vertreter der englischen Arbeiterpartei eine Abordnung nach China entsenden sollen, um in unmittelbarer Föhrung mit dem chinesischen Kuomintang zu treten. (Z. U.)

Stabilisierungsanleihen Frankreichs?

Montague Norman in Berlin.

Wirkung Deutschlands? Berlin, 2. März. Der Gouverneur der Bank von England ist heute in Berlin eingetroffen. Als Zweck der Reise wird die Besprechung laufender Angelegenheiten bezeichnet. Doch knüpfen sich an die Tatsache, daß Norman vorher in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich verhandelt hat, Gerüchte von neuen Plänen zur Frankensabilisierung. Man verweist besonders darauf, daß nach dem Beginn der französischen Schuldenabteilungen an England und Amerika die Hindernisse, die bisher einer französischen Auslandsanleihe entgegenstanden haben, zum großen Teil beseitigt seien. Es wird weiter die Möglichkeit erörtert, daß auch Belgien und Deutschland sich an einer Aktion beteiligen könnten.

Amerikanische Anleihe an Frankreich?

Newark, 2. März. Nach Abschlus des provisorischen Schuldenabkommens mit Frankreich versuchen amerikanische führende Bankiers, die Washingtoner Regierung zur Begebung von Anleihen an Frankreich zu bewegen. Es haben deshalb heute schon längere Konferenzen der Bankiers mit Mellon und Mellon stattgefunden. (Z. U.)

Russische Entgegenkommen gegenüber Frankreich

Moskau, 2. März. In den russisch-französischen Schuldenverhandlungen ist, Meldungen aus Moskau zufolge, angeblich eine Verständigung eingetreten. Es verlautet nämlich, daß es Ratowski gelungen ist, die Sowjetregierung zu veranlassen, den französischen Forderungen entgegenzukommen. Paris ist sofort von dem Entgegenkommen der Sowjetregierung verständigt worden. Infolgedessen sollen die russisch-französischen Verhandlungen zwischen dem 10. und 15. März bereits wieder aufgenommen werden. Ratowski beabsichtigt sich morgen oder übermorgen von Moskau nach Paris. (Z. U.)

Die Vorbereitung der Genfer Tagung.

Paris, 2. März. Wie die Z. U. erfährt, wird Botschafter v. Goelch, der bei Dr. Stresemann in San Remo weilte, am Donnerstag seinen Posten wieder antreten. Der „Temps“ will wissen, daß Herr v. Goelch vor der Abreise Briand's nach Genf eine Unterredung mit ihm haben wird. Chamberlain wird in Begleitung seiner Frau am Sonntag früh in Genf erwartet. Mit dem gleichen Zuge aus Paris werden Briand, der japanische Botschafter

Graf Tschit, sowie Vandervelde eintreffen. Polens Vertreter im Völkerverbundrat wird Außenminister Jaleski sein. Holland wird dem Vernehmen nach diesmal nicht durch den Außenminister Korneel, sondern durch den Berner Gesandten v. Troostwijk, China durch den Gesandten in Rom, Chu, Rumänien durch den Londoner Botschafter Tintescu, und Italien wie bisher jetzt durch den Senator Scialoja vertreten werden. Von den drei südamerikanischen Staatsmitgliedern wird, wie bisher, Columbus in durch den Berner Gesandten Urutia, Chile durch den römischen Gesandten Villegas, und San Salvador durch den Gesandten in Paris, Gerero, vertreten werden. In der Ratstagung trifft ferner in Genf der neue italienische Untergeneralsekretär des Völkerverbundes, Paolucci, ein.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß Beneß die Kleine Entente in Genf vertreten werde. Im Anschlus an die Ratstagung sollen die Außenminister der Kleinen Entente zu einer Konferenz zusammentreten, deren Hauptgegenstand die Aufhebung der Militärkontrolle in Ungarn sein soll.

Die Rheinlanddrömung.

Paris, 2. März. Am Quai d'Orsay nimmt man an, daß die Sitzung des Völkerverbundrats nicht länger als fünf bis sechs Tage dauern wird. Die beiden wichtigsten Fragen, die zur Verhandlung kommen sollen, betreffen nach französischer Auffassung das Saargebiet und die deutschen Schulen in Oberschlesien. Man glaubt, daß eine Einigung über den Wobnschutz im Saargebiet noch leichter sein wird als die Wahl des Nachfolgers für den Präsidenten der französischen Regierungskommission, Stephens. Mit besonderem Interesse wird das Präsidium Stresemanns im Rat erwartet. Da es als sicher gilt, daß Briand, Chamberlain und Vandervelde an der Tagung teilnehmen werden, erwartet man, daß die Verhandlungen hinter den Kulissen sehr lebhaft sein und hauptsächlich die Räumung des Rheinlandes betreffen werden.

Wie Amerika abrüstet!

Coalidge unterzeichnet die Vorlage über drei neue Kreuzer. Washington, 2. März. Die Bemittlung für die drei neuen Kreuzer, die vom Kongreß in die Flottenverlage gegen den Wunsch des Präsidents Coalidge ansanommen wurde, erhielt heute die Zustimmung des Präsidents, der die Vorlage unterzeichnete. (Z. U.)